

Praxis beruhte. Der erste Teil der Untersuchung konzentriert sich auf die Verwaltungsangestellten. Das Versprechen leistungsgerechter Entlohnung und neuer Aufstiegschancen verschaffte dem LCC zunächst hochmotivierte Arbeitskräfte. Die hierarchische Struktur der Verwaltung und die zunehmend errichteten Aufstiegsbarrieren, die weniger gebildeten und jungen Arbeitskräften sowie Frauen gar nicht erst den Einstieg in die aussichtsreichsten Laufbahnen erlaubten, führten jedoch bald ebenso zur Enttäuschung sozialer Aspirationen wie die Anforderungen an die Gestaltung des Privatlebens, die zunehmend als beengend empfunden wurden (z.B. der Ausschluß verheirateter Frauen vom Dienst). Eine ähnliche Ambivalenz gegenüber dem »Progressivism« arbeitet der zweite Teil für die Arbeiter des Baugewerbes heraus. Das 1892 geschaffene »Works Department«, das Arbeiter für öffentliche Bauvorhaben beschäftigte, scheiterte angesichts enger finanzieller Spielräume letztlich mit dem Versuch, die lokale Organisation der Arbeit gegenüber einem stets skeptischen Teil der Gewerkschaften als überzeugende Lösung der Arbeitsfrage durchzusetzen. Der dritte Teil schließlich zeigt, wie das Versprechen, soziale Ungleichheit zu beseitigen, in der Sozial- und Kulturpolitik des LCC in kleinliche Kontrollmaßnahmen und die Reglementierung des alltäglichen Lebens umschlug. Letztlich gelang es dem Council nicht, seine soziale Vision als verbindliche Lebensauffassung durchzusetzen, zumal die Regulierung des Alltagslebens nicht von der versprochenen materiellen Besserung der Lebensbedingungen begleitet war.

Pennybackers Studie erhält ihren besonderen Wert aus der Einbindung ihrer Ergebnisse in die Debatte um die Entwicklung des britischen Wohlfahrtsstaates. Seit dessen Krise in den 1980er Jahren mehren sich auch in der britischen Geschichtsforschung skeptische Stimmen, die das von neoliberalen Denkern beklagte Überhandnehmen staatlicher Intervention in allen Lebensbereichen nicht nur als Fehlentwicklung der neueren wohlfahrtsstaatlichen Politik interpretieren, sondern bereits in deren Ursprüngen im späten 19. Jahrhundert angelegt sehen. Pennybacker zeigt demgegenüber viel Gespür für die Ambivalenzen wohlfahrtsstaatlicher Anliegen. Ihre differenzierte Betrachtung macht nicht nur die mit der Umsetzung einhergehenden Grenzen der progressiven Vision, wie die unvermeidliche Bürokratisierung, deutlich, sondern weckt zugleich Verständnis für die ursprüngliche Attraktivität und die Erfolge des LCC-Experiments. Die Lektüre der Studie lohnt überdies allein schon wegen der vielfältigen, sorgfältig reflektierten Einblicke in die Alltagserfahrungen der Londoner Bevölkerung sowie die sozialistische und liberale Politik um 1900.

*Detlev Mares, Bonn*

Niall Ferguson, Paper and Iron. Hamburg Business and German Politics in the Era of Inflation, 1897–1927, Cambridge UP, Cambridge 1995, 539 S., 2 Tab., geb., 45 £.

In der historischen Forschung sind in den beiden letzten Jahrzehnten etliche Arbeiten erschienen, welche die deutsche Inflation der Jahre 1914 bis 1923/24 behandeln. In diesem Zusammenhang sind vor allem Carl-Ludwig Holtfrerichs Studie »Die deutsche Inflation 1914–1923« (Berlin etc. 1980) und Gerald D. Feldmans Monumentalopus »The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation« (New York etc. 1993) zu nennen. Wer das Thema »deutsche Inflation« bearbeiten will, muß daher Nischen besetzen, um neue Aspekte des Währungsverfalls zu präsentieren und Forschungslücken zu schließen. Niall Ferguson ist dieses mit seiner Arbeit über die Rolle und Bedeutung des Hamburger Wirtschaftsbürgertums in der Inflationszeit sowie dessen Verstrickung mit der Politik gelungen.

Auf der Grundlage einer umfangreichen und hervorragend recherchierten Quellenbasis erzählt Ferguson die Geschichte des deutschen Währungsverfalls nicht aus der Makro-Perspektive des Reiches, sondern aus dem Blickwinkel der Entwicklung in Hamburg. Die Wahl Hamburgs als Bezugspunkt für eine Darstellung von Wirtschaft und Politik in der Inflationszeit wirkt plausibel, da diese Stadt wie kaum eine andere in Deutschland als Scharnier zwischen der Entwicklung in der Weltwirtschaft und der Lage im Inland angesehen werden kann. Aufgrund des hohen Maßes an internationaler Verflechtung einerseits und der ökonomischen Bedeutung für das Inland andererseits bildete Hamburg – neben Berlin – geradezu brennglasartig den Bezugsrahmen für viele wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidungen sowie den Ausgangspunkt für neue, mit alten Traditionen brechende politische Entwicklungen. Zu »Helden« seiner Geschichte ernennt Ferguson herausragende Vertreter des Hamburger Wirtschaftsbürgertums wie Albert Ballin, Ernst und Rudolf Blohm, Wilhelm Cuno, die Familien Krogmann und Schramm sowie vor allem Max Warburg. Ihre Rolle und Bedeutung in Politik und Wirtschaft des Kaiserreiches und den Anfangsjahren der Weimarer Republik sowie ihre Einflußnahme auf wichtige wirtschafts- und außenpolitische Entscheidungen im Reich und in Hamburg während dieser Zeit stehen im Zentrum der Untersuchung. Diese Entscheidung ist sinnvoll, da diese exponierten Hamburger Wirtschaftsbürger – wie Ferguson plausibel beweist – nicht nur die Politik in ihrer Stadt, sondern auch im Reich lange Zeit maßgeblich beeinflussen konnten. Dies gilt logischerweise insbesondere für die »bürgerliche Gesellschaft« des Kaiserreiches. Aber selbst über die gravierende Zäsur von 1918/19 hinweg läßt sich für viele dieser Wirtschaftsbürger eine exponierte Rolle in Wirtschaft und Politik auf Stadt- und Reichsebene während der verworrenen ersten Jahre der Weimarer Republik nachweisen. Ferguson gelingt es, deutlich zu machen, wie einerseits die Revolution von 1918 zunächst die soziale Stellung einiger alteingesessener Hamburger Bürgerfamilien ins Wanken brachte, wie andererseits sich viele von ihnen mit den veränderten Verhältnissen arrangieren und ihre alte Bedeutung verteidigen konnten. Verglichen mit dem gesamten Reich bildete Hamburg in dieser Hinsicht keine Ausnahme.

Nicht ganz einleuchtend ist, warum Ferguson unter seinen »Helden« die Person von Max Warburg so sehr in den Vordergrund rückt. Warburg spielte als Bankier, als Vermittler von Kontakten zu »Wirtschaftsführern« und Politikern im In- und Ausland fraglos eine herausragende Rolle sowohl in der Hamburger als auch in der gesamten reichsdeutschen Finanzwelt. Andere Hamburger Wirtschaftsbürger standen ihm jedoch in nichts nach. Wurde Max Warburg in den Vordergrund gestellt, weil sich an seiner Person ein Spannungsbogen vom Aufstieg eines Bankiers in die Spitzen der Hamburger und reichsdeutschen Wirtschaft bis zum Absturz in der Zeit des Nationalsozialismus über alle Zäsuren und veränderte politische Rahmenbedingungen nachzeichnen läßt, oder waren pragmatische Erwägungen wie eine äußerst reichhaltige Quellenbasis für diese Auswahl maßgeblich?

Bei der Darstellung der Geschichte des Währungsverfalls in Hamburg und der Rolle der exponierten Wirtschaftsbürger der Stadt während dieser Zeit folgt Ferguson traditionellen Kriterien der Periodisierung. An das erste Kapitel, in dem sehr detailliert die Hamburger wirtschaftsbürgerliche Gesellschaft des Kaiserreiches nachgezeichnet wird, schließt sich ein Abschnitt über die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf Wirtschaft und Gesellschaft der Stadt an. Das dritte Kapitel beleuchtet die revolutionären Ereignisse in Hamburg und im Reich. Die Veränderungen und Umwälzungen, die dadurch sowohl für die Hamburger bürgerliche Gesellschaft als auch für die Politik im Reich hervorgerufen wurden, stehen im Zentrum dieses Kapitels. Im vierten Abschnitt geht es um den Vertrag von Versailles, die ersten Reparationsverhandlungen sowie um den ersten massiven Verfall des Wertes der Mark, im fünften Kapitel um die Frage, inwieweit die

Hamburger und die reichsdeutsche Wirtschaft von der Inflation profitieren konnten. Das sechste und siebte Kapitel behandeln die Phasen der sogenannten »galoppierenden« bzw. der »Hyperinflation« bis zum endgültigen Kollaps der Mark. In diesen Abschnitten wird thematisiert, welche Handlungsoptionen die deutsche Politik tatsächlich besaß, um den Währungsverfall zu stoppen bzw. welche Maßnahmen sowohl in Hamburg als auch in Berlin diskutiert und ergriffen wurden, um die Mark zu stabilisieren. Hier wird deutlich, daß zahlreiche Hamburger Wirtschaftsbürger intensiv an Diskussionen sowohl in ihrer Stadt als auch in den Ministerien in Berlin beteiligt waren, in denen sich die Schritte zur Währungsstabilisierung herauskristallisierten. Im achten Kapitel und im Epilog wird schließlich nach den Auswirkungen der Inflation und den Erfahrungen mit dem Währungsverfall gefragt. Zwar läßt sich nach Meinung Fergusons kein direkter ursächlicher Zusammenhang zwischen der Inflation und dem Aufstieg Hitlers nachweisen, aber er bestreitet nicht, daß die ökonomischen Auswirkungen der Inflation wie Kapitalfehlallokationen oder Vernichtung von Sparguthaben ebenso wie das psychologische Trauma des Währungsverfalls eine immense Belastung für die wirtschaftliche und politische Stabilität der Weimarer Republik darstellten. Diese Einschätzung Fergusons ist nicht neu und liegt eher im »mainstream«-Trend der augenblicklichen Diskussion in der Historiographie.

Wenn man Kritik an der sonst gelungenen Arbeit von Ferguson üben will, dann im Hinblick auf seine eigentliche Analyse der Inflationsursachen und -auswirkungen auf Reichsebene sowie hinsichtlich des zeitlichen Rahmens. Wenn Ursachen und Verlauf des Währungsverfalls aus der Perspektive des gesamten Reiches beleuchtet werden, werden einige Aspekte nur kurz angedeutet bzw. cursorisch abgehandelt. Angesichts der Schwerpunktsetzung der Arbeit ist dieses nachzusehen. Ähnlich verhält es sich mit dem zeitlichen Rahmen. Für die Darstellung von Kontinuitätslinien in der Entwicklung des Hamburger Wirtschaftsbürgertums ist ein detailliertes Kapitel über die »goldenen Jahre« im Kaiserreich erforderlich, für die Analyse der Inflationsursachen nicht unbedingt. Der positive Gesamteindruck von Fergusons Studie wird dadurch aber nur marginal geschmälert.

*Harald Wixforth, Bielefeld*

Christian F. Trippe, *Konservative Verfassungspolitik 1918–1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern*, Droste Verlag, Düsseldorf 1995, 237 S., geb., 58 DM.

Konfrontiert mit dem Umsturz vom November 1918 trat die junge Deutschnationale Volkspartei zunächst mit einem überraschend gemäßigten Programm an die Öffentlichkeit, um sich aber schon bald dem bekannten systemsprengenden Oppositionskurs gegen die Weimarer Republik zuzuwenden. Die Wurzeln dieses Wandels sucht der Verfasser des vorliegenden Buches, das auf einer Kölner Dissertation beruht, zu Recht in den Verhandlungen der Konstituanten des Reiches und der Länder. Schon der Ansatz, die konservative Verfassungspolitik nicht allein in der Weimarer Nationalversammlung, sondern auch in den analogen Organen der Länder zu untersuchen, erweist sich als überaus gelungener Versuch, das ganze Spektrum deutschnationaler Standpunkte zu erfassen. In neun von 18 Verfassungsgebenden Versammlungen der Republik stimmten die Deutschnationalen für die vorgelegten Konstitutionen. Eine durchgängige Blockade, so das überraschende Resümee des Verfassers, übten sie weder im Reich noch in den Ländern aus. Im Gegenteil: kooperatives und kompetitives Verhalten war die Regel, konfrontative Opposition eher die Ausnahme. Paradigmatisch erscheint die Politik der